



Die Insolvenz der Nürburgring GmbH analysieren und transparent begleiten – für eine wirtschaftlich tragfähige und erfolgreiche Zukunft des Rings

Das Projekt Nürburgring war und ist überdimensioniert. Der Hauptgrund dafür, dass die Nürburgring GmbH Insolvenz anmelden musste, besteht in der fehlenden wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Nürburgring-Projekts von Beginn an. Das sind die schwerwiegendsten grundsätzlichen Fehler eines Projektes, das die SPD/FDP-Regierung 2004 eingeleitet und die SPD-Alleinregierung ab 2008 umgesetzt hat. Auch die erste Neustrukturierung 2009/10 (Trennung von Besitz und Vertrieb) hat diese Fehler nicht beseitigen können. Zumal man auf eine Ausschreibung verzichtet und auf die falschen Pächter gesetzt hat. Die ausbleibenden Pachtzahlungen der Nürburgring Automotive GmbH (NAG) haben die Zahlungsfähigkeit der NG kontinuierlich gefährdet, so dass sich die Landesregierung auf GRÜNES Betreiben hin entschlossen hat, über eine bei der EU beantragten Rettungsbeihilfe das Ziel einer konsequenten Neuordnung zu erreichen.

Da wir als GRÜNE immer gesagt haben, dass wir alle weiteren Entscheidungen in Sachen Nürburgring nur in Absprache mit der EU-Kommission beschließen, ist nach der Nicht-Befassung unseres Rettungsbeihilfeantrages durch die Kommission die Insolvenz unvermeidlich gewesen.

In unserem Wahlprogramm haben wir vor den Risiken für den Landeshaushalt gewarnt. Leider wurden wir hier bitter bestätigt. Bereits dort hatten wir ein Umsteuern angekündigt, dass den Nürburgring auf eine Basis stellen soll, welche den dauerhaften Zufluss an Steuergeldern unterbindet. In unserem Koalitionsvertrag mit der SPD wurde zudem vereinbart, dass wir keinen Schritt am Nürburgring gehen, ohne die Genehmigung der EU dazu einzuholen.

GRÜNE stehen für Transparenz und Ehrlichkeit

Wir GRÜNE haben mit der Übernahme der Regierungsverantwortung Probleme geerbt, deren Wurzeln in der vergangenen, teilweise sogar in der vorvergangenen Legislaturperiode liegen. Aber anstatt den Verursachern die Probleme zu überlassen, haben wir uns selbst in die Suche nach Lösungen eingebracht. Wegducken war und ist für uns keine Alternative.

Wir sind mit dem Grundsatz angetreten, nicht nur – aber besonders – am Nürburgring mit Transparenz und Ehrlichkeit die Probleme zu analysieren und zu lösen. Diesem Grundsatz sind wir gerecht geworden, diesen Grundsatz werden wir beibehalten. In der jetzigen Situation gehört für uns in erster Linie dazu, dass wir klar und deutlich unsere Ziele für den Nürburgring benennen, aber auch Grenzen aufzeigen. Wir können nur das umsetzen, was machbar und was verantwortbar ist. Wir werden keine Hoffnungen wecken, die wir selbst nicht erfüllen können.

Die Rahmenbedingungen für den Nürburgring müssen so gestaltet sein, dass er zukünftig dauerhaft ohne Subventionen durch den Landeshaushalt auskommt. Auch die Formel

1 am Nürburgring muss ohne Zuschuss aus dem Landeshaushalt auskommen. Wünschenswert ist aus unserer Sicht eine strikte Trennung zwischen dem Rennbetrieb der beiden Strecken (Nordschleife und Grand Prix-Strecke) und dem Betrieb der übrigen, teilweise neuen Freizeiteinrichtungen am Ring. Damit die Region wieder stärker vom Betrieb am Nürburgring profitieren kann, soll ein möglicher Investor keine Exklusivlizenz für den Betrieb der Strecken erhalten. Der Nürburgring muss offen für alle bleiben!

Klar ist aber auch, dass eine Neuordnung so gestaltet werden muss, dass diese nicht wiederum gegen beihilferechtliche Vorgaben verstößt. Daher wird es dem Sachwalter und dem Sanierungsgeschäftsführer obliegen, diese beihilferechtlich wichtigen Fragen frühzeitig mit der EU-Kommission zu klären. Letztlich muss es aus Sicht des Sachwalters auch darum gehen die Verluste für den Steuerzahler so stark wie möglich zu minimieren.

Im Mai 2012 haben wir auf unserer LDV – als bisher einzige Partei in Rheinland-Pfalz – einen konstruktiven Antrag zum Neustart am Nürburgring beschlossen. Dort haben wir die Landesregierung aufgefordert, verantwortlich, realistisch und transparent an die Neuaufstellung am Nürburgring zu gehen. Wir haben uns verpflichtet, uns am Machbaren und Verantwortbaren zu orientieren. Eine Verpflichtung, der wir uns heute umso mehr stellen wollen und - aus Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz - auch werden.

Die CDU zeigt mit ihren sogenannten 10 Leitlinien für die Zukunft am Nürburgring, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Jedes der zehn Ziele wurde entweder aus unserem LDV-Beschluss vom 12. Mai 2012 abgeschrieben oder ist schon länger Position der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Wir GRÜNE haben beim Nürburgring immer unsere Linie von vor der Wahl gehalten und wir werden dies auch in Zukunft tun.

Vertrauen zurückgewinnen

Durch die Probleme am Nürburgring hat die Landespolitik – bedingt durch die Fehler der SPD-Alleinregierung – viel an Vertrauen in der Region verloren. Vor allem wir GRÜNE können zeigen, dass durch ein offenes Ohr für die Region ein anderer Politikstil auch in schwierigen Zeiten machbar ist. Nicht nur, dass wir die Probleme am Ring in der Region und mit der Region gemeinsam lösen müssen, wir brauchen auch die Unterstützung der Gewerbetreibenden, der Hotelliers und Gastronomen. Die Menschen, die vom und mit dem Ring leben, sind die ersten, die unter der Situation leiden. Daher ist es uns ein großes Anliegen, ihre Situation nicht nur zu kennen, sondern alles Machbare zu einer Verbesserung der Lage zu unternehmen. Neben vielen Gesprächen vor Ort ist es auch nötig, mehr Transparenz im Umgang mit dem Nürburgring zu zeigen. Daher sind wir sehr erfreut, dass über die Homepage www.nuerburgring-dialog.de in Zukunft eine direkte Beteiligung der Fans und Freunde des Nürburgrings möglich ist.

Insolvenzverfahren konstruktiv begleiten

Sanierungsgeschäftsführer Prof. Schmidt und der Sachwalter Herr Lieser haben bereits angekündigt, dass sie einige wichtige strategische Ziele weiter verfolgen wollen: Der Abschluss des Auflösungsvertrags mit den bisherigen Pächtern, die Weiterführung von Veranstaltungen wie z.B. Rock am Ring, eine komplette Neuordnung am Ring in enger Abstimmung mit der EU, so wie wir es seit vielen Jahren verlangen.

Wir werden beide bei ihrer großen Aufgabe, die wirtschaftliche Zukunft des Nürburgrings zu sichern, nach Kräften unterstützen.

Aufarbeitung der Vergangenheit ist die Basis für das Vertrauen in die Zukunft

Stark wahrnehmbar ist der Wunsch, dass die Fehler der Vergangenheit nicht nur gelöst, sondern auch aufgearbeitet werden. Der Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz fordert die Landtagsfraktion und die GRÜNEN Mitglieder der Landesregierung auf, sich weiterhin intensiv an dieser Aufklärung zu beteiligen..In einem möglichen Unterausschuss werden wir selbstverständlich aktiv mitarbeiten. Die CDU will zwar mit einem Misstrauensvotum den Ministerpräsidenten abwählen, beantragt aber selber nicht die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie auch jenseits eines Untersuchungsausschusses ihrer Verpflichtung zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur größtmöglichen Transparenz weiterhin nachkommt und nicht auf die Opposition wartet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz werden diesen Prozess konstruktiv und zielorientiert verfolgen.

Misstrauensvotum der CDU ist Unsinn – die Koalition ist erfolgreich und steht nicht in Frage

Wir GRÜNE sind mit dem Wissen um die Probleme am Nürburgring in die Koalition mit der SPD eingetreten. Seit dieser Zeit sind wir GRÜNE gemeinsam mit dem Koalitionspartner dabei, die Probleme am Ring zu lösen. Auf diesem Weg ist die Landesregierung schon ein gutes Stück gegangen, aber noch lange nicht am Ziel. Der Ministerpräsident hat die Fehler der vergangenen Legislatur nicht nur eingeräumt, sondern sich auch dafür entschuldigt und die politische Verantwortung übernommen, auch für die Neuorientierung am Nürburgring. Es sind keine Fehler erkennbar, die nach der Landtagswahl unter Beteiligung der GRÜNEN gemacht wurden. Im Gegenteil: der Koalitionsvertrag, Basis der Zusammenarbeit hat die Richtung vorgegeben. Diese Richtung wurde eingehalten. Das Vertrauen in die Koalition ist nicht erschüttert. Daher gibt es keinen sachlichen und keinen politischen Grund, den Misstrauensantrag der CDU ernst zu nehmen. Wir fordern daher die Mitglieder der GRÜNEN Landtagsfraktion auf, geschlossen diesen der CDU abzulehnen.

Wir stehen zum Koalitionsvertrag und werden den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz weiter in der rot-GRÜNEN Landesregierung erfolgreich gestalten!